Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Meine Bürdigung von Sprechers Charaftereigenschaften steht in wesentlichen Bunkten in auffallender übereinstimmung mit einem bor= trefflichen Freundesnachruf im "Bündner Tagblatt" vom 23. Juni (R. PI.).

Es liegt mir daher baran, zu erklären, daß meine Ausführungen schon vollständig stizziert waren, als ich jenen Nachruf zu lesen bekam. Die übereinstimmung beider unabhängig voneinander niedergeschriebenen Empfindungen zweier seiner Jugendfreunde beweist nur die Unmittel= barkeit und Stärke des Eindruckes, den Sprechers Persönlichkeit machte.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Außenpolitische Rachlese aus der Bundesversammlung: Der neue Fall Savon. — Der Fall Betite. — Muffolini und die Schweiz. — Der Faschismus in der Schweiz. - Die Deutschichweizer im Teffin.

Die Juni-Session der Bundesversammlung hat dieses Jahr zu keinen großen Debatten über unsere außenpolitische Lage geführt, wie das sonst bei Unlag des bundesrätlichen Geschäftsberichts in den letten Jahren öfters der Fall war. Immerhin ist das, was in dieser Richtung gesprochen und behandelt, oder nicht gesprochen und behandelt wurde, so kennzeichnend für unsere gegenwärtige Augenpolitif und die Art ihrer Führung, daß ein näheres Gingeben

darauf sich trothdem lohnt. Den Auftatt in beiden Räten bildete eine Würdigung des verstorbenen alt-Bundesrat Ador durch die Ratsprafidenten. Sätte der Prafident des Nationalrates, Minger, von einer Ehrung Abors abgesehen, wie er vor einem halben Jahr von derjenigen des verstorbenen Generalstabschefs v. Sprecher absah, bann ware es zu einem Aufstand ber öffentlichen Meinung in ber welschen Schweiz gekommen. Hatte er nur Abors gedacht, bann ware bie Herausforberung ber deutschen Schweiz doch zu unerträglich gewesen. So hielt Minger also mit halb= jähriger Berspätung mit dem Nachruf auf Abor zugleich einen solchen auf Sprecher (und auf alt-Bundesrat Hoffmann). "Dem Volksempfinden ist nun Genüge getan. . . So sind die Deutschschweizer und die Welschen zufrieden," stellt v. Ernst im "Baterland" mit Genugtuung fest. Das stimmt aber doch nur halb. Wenn jest auch der Nationalratspräsident, um nicht in eine noch unmöglichere Lage, wie vor einem halben Jahr, zu geraten, einem unentschuldbaren Berhalten, das heute selbst eine "Neue Zürcher Zeitung" als "Ratlosigkeit und Schwäche gegenüber seinem hartnäckigen Kollegen auf dem Präsidentenstuhl bes Ständerates" bezeichnet, den Anschein nachträglicher Wiedergutmachung zu geben sucht, so hat der Urheber dieser ganzen Berausforderung an die deutsche Schweiz, der fatholisch-konservative Belichfreiburger Stänberatsprafi= dent Savon, doch von einer entsprechenden Wiedergutmachung abgesehen. Savon hat im Ständerat auf Abor eine Lobeshymne gehalten. Von Sprecher war mit keinem Wort die Rede. "Der Präsident des Ständerats hat es über sich gebracht, ben Bündner Edelmann noch einmal tot zu schweigen. .. Mit Argumenten parlamentarischer Sitte ist diese Haltung nicht mehr zu rechtsertigen" ("N. 3. 3."). Der Parteigenosse Savons und zugleich einer der Hauptwortsführer des katholisch-welschen Zusammengehens, v. Ernst, ist aber um eine Ersklärung wiederum nicht verlegen: "Früher hatte man möglichst genau die Schranke eingehalten, in den eidgenössischen Käten nur solcher offizieller Pers

sonlichkeiten zu gedenken, bei ihrem hinschied, die der Bundesversammlung angehörten oder von ihr in eine Charge gewählt worden waren, und zwar in beiden Fällen nur, wenn die Berstorbenen noch im Amte waren... Der Tod von alt-Bundesrat Guftav Ador ist zum Anlag geworden, endgültig die Hausregel zu verlassen" ("Baterland" vom 6. Juni). Bor einem halben Jahr war nämlich aus der Eingebung desselben Journalisten durch die Katholische Preßtorrespondenz verfündet worden, Ständeratspräsident Savon habe aus feinem anderen Grunde als um diefer hausregel willen die Chrung Sprechers unterlaffen. Warum aber foll jett Adors Tod ploplich einen gerechtfertigten Grund für das Berlassen dieser Hausregel abgeben? Nein, hier handelt es sich ganz einfach um einen reinen Billfüratt, um eine durch die Antipathie eines Landesteils oder gar durch persönliche Rachegefühle bestimmte Haltung. Der Präsident eines eidgenöffischen Rates hat aber bei seiner Amtsführung weber Sympathien ober Antipathien eines Landesteiles, noch gar perfonliche Gefühle zu vertreten. Daß man im Rat seibst das Ungehörige eines solchen Verhaltens empfand, kann man daraus schließen, daß kurz vor Sessions-Schluß der Kommissions-berichterstatter für das militärische Departement, Ständerat Schöpfer, die dem verstorbenen Generalstabschef vom Ratspräsidenten vorenthaltene Ehrung durch einen Nachruf doch noch zuteil werden ließ. Bedauerlich bleibt aber auch so noch, daß man in der deutschschweizerischen Offentlichkeit und im Schweizervolk diese erneute Rrantung des Undenkens eines seiner besten und uneigennütigsten Führer nicht tiefer empfunden oder der Empörung darüber wenigstens nicht nachhaltiger Ausdruck verliehen hat. Ein Volk, das ungestraft derartige Herab-würdigungen des Andenkens seiner verstorbenen Führer hinnimmt, bringt sich um die Boraussetzungen seines besten Gutes, seiner Unabhängigkeit.

* *

Der Fall Savon ist leider nicht der einzige dieser Art. Ihm hat sich in den letten Monaten ein Fall Petite angereiht, der soeben auch der Bundesversammlung Anlag zu fritischer Durchleuchtung gab. Der französische Senator Berard hat in seinem befannten Bericht über ben Zonenstreit zwischen ber Schweiz und Frankreich geschrieben: "Der Vertrag von Turin bestimmt, daß bie an Genf abgetretenen sardischen Gemeinden ihre volle Freiheit des katholischen Kults behalten sollen. Genf beunruhigte die 17 savonischen Gemeinden aber in ihrer Berwaltung... Bir muffen alle Borbehalte machen hinsichtlich unserer Rechte, über diese die gleiche wohlwollende Schukaufsicht auszuüben, die früher Genf über unsere Zonenbewohner ausübte." An anderer Stelle hatte er von der "Entente cordiale" gesprochen, die es fünftig "zwischen Genfern und Zonenbewohnern" zu knüpfen gelte und die zur Freundschaft, zum Bündnis und schließlich zur engsten Zusammenarbeit zwischen diesen führen solle. Im April des Fahres hatte nun der Generalvikar des freiburgisch-losanischen Bischofs in Genf, Mgr. Betite, in einem "verhältnismäßig vertraulichen", aber immerhin in 50 Abzügen an die katholische Genfer Geistlichkeit und die katholischen Genfer Großratsabgeordneten verschickten Schreiben an die Regierung des Kantons Genf die Rückerstattung einiger von dieser im Jahre 1876 eingezogener Kirchensgüter verlangt. Als Begründung für dieses Verlangen wurde angegeben, daß diese Einziehung im Widerspruch zum Turiner Vertrag von 1816 erfolgt sei, in dem die Schweiz sich förmlich zur Achtung der katholischen Rechte und Bessitztümer verpflichtet habe. Die Schweiz, bezw. der Kanton Genf habe also selbst die Verträge von 1815/16 verletzt und er, Petite, könne daher, im Zonenprozeß der Verletzt geschweiz wirdt wit zutem Gemisson geschweizen. vor das Haager Gericht zitiert, dort nicht mit gutem Gewissen aussagen, die Schweiz habe bieje Berträge nicht verlett; er könnte bas nur, wenn ber Kanton Benf vorher die widerrechtliche Ginziehung jener Rirchengüter wieder rudgängig machen würde.

Dieses nur sehr "verhältnismäßig" vertrauliche Schreiben Petites ist natürslich sehr bald in der Öffentlichkeit bekannt geworden und hat in Genf einer starken Entrüstung gerusen, weil man es dort als einen ausgesprochenen Rückensichuß empfand. Im Nationalrat hat sich Bundesrat Motta aussührlich über den Fall verbreitet. Dem Schreiben Petites liege der doppelte Frrtum zugrunde,

bag Betite im Ernft an die Bertretbarfeit bes frangofischen Standpunftes von ber Hinfälligfeit der Berträge von 1815/16 und an die Möglichkeit eines Ginflusses ber Geschehnisse des Jahres 1876 auf den Zonenprozeß glaube. Es sei je auch von den Bestimmungen der Verträge von 1815/16 betreffend die Gewährleiftung ber Rechte ber Ratholiken der ehemals favonischen Gemeinden weder von Sardinien-Italien, noch von Frankreich jemals Javohichen Gemeinden weder von Sarstinien-Italien, noch von Frankreich jemals Gebrauch gemacht, noch bei der Einziehung jener Kirchengüter im Jahre 1876 Einspruch erhoben worden. Und selbst wenn man zugeben wollte, daß dem Ausland aus den Verträgen von 1815/16 ein Einspruchsrecht in Bezug auf die katholischen Genser Gemeinden zustünde, so bedeute das nichts für die Hinfälligkeit derzenigen Teile der Versträge von 1815/16, die sich auf das Zollregime in den Zonengebieten beziehen. Bei der Aussprache im Nationalrat ist der Schritt Petites von sozialitischer Seite (Reinhard) kurzerhand als Erpressungsversuch bezeichnet worden. Die Gesichältsprüfungskommission beschränkte sich darauf zu a kestzustellen: Mar Retite schäftsprüfungskommission beschränkte sich darauf, u. a. festzustellen: "Mgr. Petite hat den Zeitpunkt für seine Eingabe außerordentlich ungünstig gewählt, so daß der Eindruck erweckt werden konnte, die Gelegenheit des Zonenprozesses werde zur Geltendmachung von konfessionellen Ansprüchen benützt."

Bleibt man bei der Annahme, daß es sich bei dem Schritt des Genfer Generalvifars nur um den Bersuch handelte, einen Notstand des eigenen Landes zur Erpressung konfessioneller Borteile zu benuten, so mußte man biesen Schritt als einen außerordentlich plumpen bezeichnen, über dessen Aussichtslosigkeit sich sein Urheber eigentlich zum vorneherein hätte flar sein sollen. Weit sinnvoller erschiene er dagegen, wenn man in ihm weniger eine rein konfessionelle Angelegenheit, als vielmehr ein bewußtes Zwischenspiel im schweizerisch-französischen Zonenstreit sehen wollte. Für die Schweiz handelt es sich bekanntlich bei dem im Haag angemelbeten Prozeß um die Rechtsfrage. Weil wir die Ordnung ber Berträge von 1815/16 beibehalten möchten, wollen wir vom Gericht den Entscheid, ob diese Ordnung noch zu Recht besteht oder nicht. Wir haben bloß ben unverzeihlichen Fehler begangen, einem Prozegverfahren zuzustimmen, bas zugleich die Schaffung einer die Ordnung von 1815 ersetzenden Neuordnung vorsieht, m. a. W. wir prozessieren um die Rechtsordnung von 1815/16 und erklären uns doch gleichzeitig mit beren Ersetzung durch eine neue Ordnung einverstanden. Die Ersetzung der Ordnung von 1815/16 ist nun das einzige und alleinige Ziel, das Frankreich mit dem Zonenprozeß versolgt. An der Rechtsfrage liegt ihm nichts. Sie ist — bei dem einmal vorliegenden Prozeßsversahren — auch für die Art der Neuordnung so gut wie unerheblich. Um so werfahren — auch für die Art der Neuordnung so gut wie unerheblich. Um so werfahren — auch für die Art der Neuordnung so gut wie unerheblich. Um so mehr kommt es darauf an, die Neuordnung in der gewünschten Richtung zu lenken. Es ist durchaus richtig, daß das Schreiben Petites in der Rechtsfrage im Zonenprozeß keine irgendwie bestimmende Rolle zu spielen vermag. Auch ans genommen, die Einziehung einiger Kirchengüter im Jahre 1876 bedeute eine Berletzung einer Vertragsbestimmung von 1815: es ist dagegen vom andern Bertragsteilhaber seinerzeit kein Ginspruch erhoben worden, und vor allem sind beswegen nicht einfach auch die andern Bertragsbestimmungen hinfällig. Etwas anderes hat es mit diesem Schreiben Betites vom Standpunkt ber fünftigen Gestaltung des Berhältnisses zwischen "Genfern und Bonenbewohnern" auf sich. Bon einem Teil der genferischen Bevölkerung — die Genfer katholische Geistlichkeit einschließlich des freiburgisch-losanischen Bischofs hat sich hinter Betite gestellt — wird hier vor einer internationalen Instanz gewissermaßen Rlage geführt über die Widerrechtlichkeit bestimmter Verhältnisse im eigenen Land. Mgr. Betite hat fich in feinem Schreiben ja formlich angeboten, vor dem haager Gericht über diese Widerrechtlichkeit auszusagen und auf die berechtigten Schutz-ansprüche Frankreichs in dieser Hinsicht hinzuweisen. Gerade solche Wünsche ber betreffenden Bevölkerungen foll aber bas Bericht bei ber von ihm, auf bem Gebiet Genfs und der ehemaligen Zonen zu treffenden Neuordnung berückssichtigen. Wenn die Schweiz von dieser Neuordnung eine Berücksichtigung ihrer bisherigen Rechte auf die Zonengebiete verlangt, so verlangt Frankreich eine solche seiner Nechte auf Teile genferischen Gebietes, bezw. auf Teile der genferischen Bevölkerung. Wie heißt es doch in dem Bericht Bérards: "Wir müssen alle Vorbehalte machen hinsichtlich unseres Rechtes, über die 17 an Genf abgetretenen savohischen Gemeinden (und damit die Genfer Katholiken überhaupt) die gleiche wohlwollende Schutzaussicht auszuüben, die früher Genf über unsere Zonenbewohner ausübte." Bei der Bersechtung dieses Standpunktes im Haag hat Mgr. Petite mit seinem Schreiben Frankreich zweisellos sehr wertvolle Dienste geleistet. Bundesrat Motta hat die Möglichkeit eines bewußten Zussammenarbeitens Petite's im Zonenstreit mit der französischen Gegenpartei in der Sprache des Diplomaten berührt: "Ich glaube (!), daß jeder Gedanke an ein Einverständnis des Herrn Petite mit der Gegenpartei entschieden abgelehnt werden muß" (in der Wiedergabe v. Ernst's im "Baterland": "Von einem Techtels

mechtel zwischen Berard und Betite fann faum (!) die Rede fein").

Wie außerordentlich peinlich und im Grunde schwerwiegend man diesen Standal — denn ein solcher ist es — in den führenden Kreisen der katholisch= welschen Allianz empfand, beleuchten zur Genüge die entsprechenden Auße= rungen der Wortführer derselben. So schrieb v. Ernst im "Baterland": "Wenn die nationalrätliche Kommission der Auffassung war, es sei gescheiter, möglichst wenig von der Sache zu reden, so sollte man glauben, das gleiche sei auch für die Presse gescheiter. Wir haben uns daher von Anbeginn der Geschichte an der distreten Schweigepflicht befliffen." Und um abzulenken und ja bas "Schuldkonto" der deutschen Schweiz und ihrer Bertreter nicht als kleiner ersscheinen zu lassen, als dasjenige der welschen, muß zum aberhundertsten Mal der "Fall" Hoffmann herhalten: "Sollen wir an den Bundesrat erinnern, dessen Schuld in einer unvergleichlich ernsteren Mißkennung der bösen Folgen einiger Zeilen bestanden hat? Das Petite'sche Memoire ist gegenüber der Petersburger Depesche das reinste Kinderspiel." Wenn man aber die Beweggründe der beiden Schritte in Betracht zieht, so ist umgekehrt die Depesche Hoffmanns ein Kinderspiel gegenüber dem Schreiben Petite's! Auch Pierre Grellet, der Berner Berichterstatter der "Gazette de Laufanne", suchte von dem Peinlichen des Falles sofort abzulenken, indem er diesen auf die parteipolitische Ebene schob: "Biel Larm um nichts. Es ware unfinnig, daß, weil ein Priefter einen vollständig unangebrachten Schritt begeht, die Parteien der Berteidigung der Gesellschaft sich dem Spiel der äußersten Linken darbieten." An dem Fall Petite trägt aber nun die äußerste Linke wirklich keine Schuld. Sie hat ihn nicht einmal ausgegraben. Das ist vielmehr durch bürgerliche Blätter in Genf geschehen, wie es sich hier doch überhaupt um eine Sache handelt, die bas ganze Land angeht und nicht irgend eine Partei. Um fo bedauerlicher und vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus - kurzsichtiger ift es, berartige Borkommnisse auch auf bürgerlicher Seite nicht beim Namen nennen zu wollen. Man drängt ja so die versehmte politische Linke förmlich in die Rolle des alleinigen Borkämpsers eines sauberen öffentlichen Lebens. Und anderseits läßt man den bedrohten südwestlichen Eckpfeiler unseres Landes, Genf, die jenige moralische Unterstützung und gesamteidgenössische Hilfe entbehren, deren dieser so fehr bedarf.

Um etwas Neues handelt es sich ja allerdings bei all diesem Verhalten nicht. Auch die ganze offizielle Zonenpolitik ist im Grunde nichts anderes als Prestigepolitik unserer augenblicklichen auswärtigen Leitung und der politischen Gruppierung, auf der sie ruht. Wenn man etwas verwunderlich dabei sinden wollte, so höchstens, daß der eine Bestandteil dieser politischen Gruppierung, der sonst überall als Hort von Bodenständigkeit, Volksgebundenheit und Aberlieserung gilt, hier — Völkerbund, Ordensverbot u. s. w. gehören ja auch hierher — eine Politik unterstüßen hilft, die vielsach überlieserungslos ist und dem ausdrücklichen Willen der breiten Volksmassen, ja des eigenen Parteivolkes zuwiderläuft. Man wäre ja fast versucht, an eine Parallele mit dem Elsaß zu denken, wo der Katholizismus ja auch auf höheren Besehl der Unterstüßung der bedrohtesten vatikanischen Stellung in Europa, des französischen Katholizismus, dienen zu sollen scheint und wo entsprechend seine oberste Leitung die Französische Politik zu unterstüßen hat, auch wenn sie dadurch in unheilvollsten Gegensaß zum eigenen Bolk und seinen Lebensinteressen gerät.

Mussolini hat in seiner Senatsrede über die auswärtige Politik Italiens betreffs Schweiz u. a. gesagt:

"Unjere Beziehungen zu der schweizerischen Republik sind wahrhaftig herz-

lich und von Grund aus freundschaftlich.

"Italien hat ein grundlegendes Interesse am Bestehen einer freien, un=

abhängigen und neutralen Schweiz.

"Italien hat ein grundlegendes Interesse daran, daß der Kanton Tessin, ber nach Sprache, Raffe und Sitte italienisch ift, ein integrierender Bestandteil

im Schoße der schweizerischen Eidgenossenschaft bleibt."

Bor einigen Jahren, als Mussolini noch nicht Ministerpräsident und ber für Italiens unmittelbares Schicksal verantwortliche Diktator war, sondern noch oppositioneller Abgeordneter, besaß er eine wesentlich andere Meinung. Er vertrat damals in der Kammer den Standpunkt, daß Jtalien sein nationales Ziel: die politische Grenze auf dem Alpenkamm, zwischen Ortler und Simplon, noch nicht erreicht habe. Auch wenn heute Mussolini genau der gleichen Meisnung wäre, wie damals, könnte er doch gegenwärtig nicht anders reden, als er soeben geredet hat. Italien besindet sich heute infolge des offenen italienischsiggslavischen und des latenten italienischsfranzösischen Gegensates in ausgestranden und des latenten italienischsfranzösischen Gegensates in ausgestranden und des latenten italienischspranzösischen Amsikrandenstallung wit Pliebischtung und Osten und Westen sprochener Zweifrontenstellung mit Blidrichtung nach Often und Westen. Wollte es dazu noch einer italienisch-schweizerischen Gegensätzlichkeit rufen, so wäre seine Front auch im Norden belastet und seine militärisch-strategische Lage im Falle eines ausbrechenden Konflittes aussichtslos, um so mehr als der verkehrs= politische und industrielle Mittelpunkt Norditaliens nur wenige Stunden bom Gebiet des nördlichen Gegners entfernt ware. Zudem brauchte Muffolini, auch wenn er nach wie vor die Meinung hegte, ber Teffin und bie übrigen fudlichen Alpentäler der Schweiz müßten einmal mit Italien vereinigt werden, heute nicht so zu reden, wie damals. Mit der Verwirklichung dieses Zieles hatte es feine Gile. Die Zeit arbeitete von felbst bafur, außer wenn bem etwa von schweizerischer Seite instematisch entgegengearbeitet wurde.

Betrachtet man die Außerungen Mussolinis im Senat über die Schweiz und ben Kanton Teffin unter diefem Gesichtspunkt, fo ergibt fich etwa folgendes:

Italien hat angesichts seiner gegenwärtigen Zweifrontenstellung gegen Dit und West selbstverständlich alles Interesse an einer von ausländischem, insbesondere französischem Einfluß freien und in einem italienisch=französisch=

jugoflavischen Streitfall zuverlässig neutralen Schweiz.

2. Da eine unabhängige neutrale Schweiz ohne Tessin kaum denkbar ist, hat Italien, aus den gleichen Gründen und für die gleiche Zeitdauer, ein Interesse daran, daß der Tessin bei der Schweiz bleibt, unter der Borausssehung — und das ist der Sinn des Zwischensaßes vom Tessin, "der nach Sprache, Rasse und Sitte italienisch ist" —, daß der langsam, aber unaufshaltsam sortschreitenden, die schweizerische Staatsgesinnung zersehenden itastienischen Verlagen und Seiten der Schweizenschaften Verlagen gegen gegen gegen beitet lienischen Kulturpropaganda von Seiten der Schweiz nicht entgegengearbeitet wird.

3. Da Italien von Seiten der Schweiz in keiner Richtung Anstände ober Unannehmlichkeiten erfährt, hat es, unter Berücksichtigung obiger Gesichtspunkte, nur Grund, die Beziehungen zur Schweiz als herzlich und freundschaftlich zu

bezeichnen.

Eine andere Frage ift es nun aber, ob die Schweiz ihrerseits Grund hat, die Beziehungen zu Italien als ebenso herzlich und freundschaftlich zu empfinden. Italien ist heute im Begriff, den Ausbau zum vollkommenen Nationalstaat bis in seine letten Folgerungen zu vollenden. Die moderne Entwicklung überträgt bem Staate nicht nur mehr die Aufgabe ber fozialen Fürforge für bas einzelne Mitglied der Gesellschaft, sie fordert von ihm auch die Fürsorge für den Volks= körper als solchen, für seine zweckmäßige Zusammensehung. Bundesrat Motta hat im Nationalrat bei Beantwortung der Interpellation Schmid richtig aus-geführt, daß die Ausländer, und darunter die Schweizer an erster Stelle, Italien in den letten Jahrzehnten in wichtigsten Posten der Industrie, des Sandels und Bankwesens große Dienste geleistet haben. Italien betrachtet diese Zeit aber als vorbei. Es will alle wichtigen Posten im Lande nur noch mit eigenen Landsleuten bejett sehen. Der Ausländer soll sich in den italienischen Bolkskörper einschmelzen lassen, oder wenn er das nicht will, die Folgerungen daraus

ziehen und früher oder später das Land verlassen.

Bon diesem Borgang im südlichen Nachbarland werden nun die daselbst wohnenden Schweizer mehr oder weniger ichwer betroffen. Wobei noch befonbers die vollständige Willfur, mit der der faschiftische Staat hier - wie überall — vorgeht, ins Gewicht fällt. Der Schweizer in Italien fühlt sich immer mehr recht= und schuplos der faschistischen Willfür preisgegeben. Langjährigen Angestellten irgend eines Geschäfts wird grundlos, d. h. lediglich auf polizeilichen Besehl hin, gefündigt. Rechtmäßig vor langer Zeit erworbene Niederlassungsbewilligungen werden entzogen. In Bankunternehmungen erlassen beren Leitungen Berfügungen, wonach ausländische Angestellte kunftig in keine höheren Stellen mehr vorrücken können, u. j. w. u. j. w. über all das ist in ben vergangenen Wochen in unserer Presse reichlich Klage geführt worden. Es war damit zu rechnen, daß die Sache in der Bundesversammlung zur Sprache kommen werde. Das ist denn auch der Fall gewesen. Aber der Verlauf war der übliche. Auf Seite des oder der Interpellanten fehlte es an Nachhaltigsteit und vor allem an der nötigen sachlichen Beschlagenheit. So hatte der Borsteher des Politischen Departements, wie immer, leichtes Spiel. Er konnte sich mit viel schönen Worten über den versöhnlichen Geift, in dem die italienische Regierung die Beschwerden der Schweiz stets aufnehme, mit ebenso vielen Ber-tröstungen und Bersprechungen und mit der Beteuerung, daß man in Bern schon zum Rechten sehen werde, begnügen. Und am Schluß erklärt sich ber Interpellant, der ja meist mehr zur Beruhigung seiner Wähler, als aus eigenem Antrieb die Sache zur Sprache bringt, mehr oder weniger befriedigt. Wesentlich anders hat es dann allerdings auf die Motta'ichen Ausführungen hin aus den Kreisen der betroffenen Auslandschweizer selbst getont: "Die Leiter unserer Politif - heißt es ba in einem von ber "Neuen Zürcher Zeitung" veröffentlichten Brief eines Schweizers in Italien — haben es nicht verstanden, anläßlich verschiedener bedauernswerter Ereignisse in letter Zeit ihrem Standpunkt in einer Beije Ausdruck zu geben, die in Rom Eindruck erwecken mußte. . . Boraussetzung für mahre Freundschaft ist gegenseitige Achtung. Diese zu gewinnen, hängt weniger von der Macht eines Bolfes ab, als vom Willen, sich Achtung verschaffen zu wollen. Das herunterschluden empfangener Demütigungen vergiftet die gegenseitigen Beziehungen und untergrabt die Selbstachtung. . . Die Lämmerpolitit macht freilich weniger Ropfzerbrechen. . Die Schweizer im Auslande halten ihre Fahne hoch, erwarten aber vom Bundesrat und seinen diplomatischen Bertretern eine wirtsame Unterstützung. Wir bedauern, diesen Rudhalt zu vermissen... Was nottut, ist, daß man wieder einmal weiß, daß man ber Schweiz nicht unbekümmert auf die Zehen treten kann." Das sind altbekannte und sehr richtige Dinge, die hier gesagt werden.

Das sind altbekannte und sehr richtige Dinge, die hier gesagt werden. Noch schöner, als sie nur abzudrucken, wäre allerdings, wenn etwa der Chefredattor des betreffenden Blattes sie in der Bundesversammlung zuhanden des Vorstehers unserer auswärtigen Politik weitergeleitet hätte. Aber es lebt doch nach wie vor in unserm Volk merkwürdig viel Unterwürziges und Untertäniges: Die Faust im Sack machen und schimpsen, solange man sich zu Hause geborgen sühlt, und wenn man dann Gelegenheit hätte, zu reden, schweigen! Vielleicht kommt ja auch in der Art, wie an oberster Stelle unsere Außenpolitik gesührt wird, nur dieser Charakterzug unserer tonangebenden Schichten überhaupt zum Ausdruck. "Lämmerpolitik" macht eben auch bei der Vertretung der Landessinteressen nach außen "weniger Kopfzerbrechen". Zudem scheint es aber an oberster Stelle oft auch an dem richtigen Verständnis sür die seit und z. T. durch den Krieg veränderten Verhältnisse, und entsprechend an der Fähigkeit zu einer weitschauenden, und nicht bloß auf die Befriedigung der Bedürsnisse dem, was bevölkerungspolitisch heute in Italien vorgeht, eben um nicht bloß Vorsübergehendes. Gewisse Zieten, wo die Schweiz einen Teil ihrer Intelligenz in leitende Stellen der umliegenden Länder abgeben konnte, dürsten zur Hauptsache vorüber sein. Wir stehen damit selbst vor ganz neuen bevölkerungspolitischen

Aufgaben. Wir muffen auch bevölkerungspolitisch anfangen, uns unferer Saut zu wehren. Wir besitzen dabei durchaus die Möglichkeit zu wirksamen Gegensmaßnahmen, denn auch die Schweiz ist ein beliebtes Tätigkeitsseld von Aussländern. So stehen den etwa 19,000 Schweizern in Italien an die 150,000 Italiener in der Schweiz gegenüber, wenn natürlich die berufliche und gesellschaftliche Ausschlassen schaftliche Stellung auf beiben Seiten auch eine fehr verschiedene ift. Es fehlt also sicherlich nicht an der Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen. Aber eben: "Lämmerpolitik macht weniger Kopfzerbrechen." Da heißt es dann zur Entschuldigung: "Das gute Berhältnis zu Italien ist der Angelpunkt der schweizerischen Außenpolitik." Was aber ein Unsinn ist, zum mindesten, wenn man da-mit begründen will, daß um dieses "guten Verhältnisses" willen die ständigen Willfürakte und Abergriffe gegen einzelne Schweizer ungestraft hingenommen werden mußten. Italien fann sich, bei seiner heutigen Lage, der Schweiz gegenüber gar nichts herausnehmen, auch wenn wir einmal unmigverständlich beutlich erklären, daß wir am Ende unserer Geduld angelangt sind. Bloß fame unsere außenpolitische Leitung dadurch um das Lob, das sie sich so gern vom Ausland spenden läßt und mit dem fie fich bann vor bem eigenen Land ebenso gern bruftet und wobei ihre getreuen Selfer ihr getreulich beifteben: "Das Politische Departement und unsere Gesandtschaft in Rom verdienen den Vorwurf der Paffivität, den man gegen fie erhebt, feineswegs" (René Papot im ,Sournal be Beneve"). "Wenn bas Saupt der italienischen Regierung die Bedingungen de Genève"). "Wenn das Haupt der italienischen Regierung die Bedingungen unseres Landes so genau und vollkommen versteht, so ist das das erfreuliche Ergebnis unserer Diplomatie, deren weitsichtige und nachhaltige Bemühungen uneingeschränktes Lob verdienen" (Th. B., Berichterstatter des "Journal de Genève" in Kom; Eingebung Wagniere?). "Die Antwort des Bertreters des Bundesrates (Motta im Nationalrat auf die Interpellation Schmid) hat jedenfalls den Zweck erreicht, alles wieder auß richtige Maß zurückzuführen. Es ist hier schon einmal bedauert worden, daß der Kreuzzug in der Presse mehr Schaden als Nupen angestistet hat" (v. Ernst im "Baterland"). Natürlich, alles was an der Leitung unserer auswärtigen Politik kritisiert wird, schadet dieser Leitung mehr als es ihr nüpt. Und die Hauptsache bei der schweizerischen Außenspolitik sit doch das Prestige ihres Leiters und nicht die Qualität dieser Politik politik ist doch das Prestige ihres Leiters und nicht die Qualität dieser Politik selbst.

Bei Behanblung des Geschäftsberichts des Politischen Departements ist von sozialistischer Seite darauf ausmerksam gemacht worden, "daß der Fasch is mus sich in der Schweiz immer mehr organisiert und immer drochender auftritt". Dem Borsteher des Politischen Departements wurde vorgeworsen, daß er dieser Entwicklung mit zu großer Schwäche und Sorglosseit gegenübersstehe. So viel Richtiges an dieser Kritis von sozialistischer Seite liegt, so sehr wird diese Kritis doch immer wieder entwertet durch die maßlose Gehässisstätet der Sozialisten gegen den Faschismus und seine Bertreter. Der Sozialismus hätte aber erst dann ein Recht, den Stab über den Faschismus zu brechen, wenn er selber wüßte und gezeigt hätte, wie man die offensichtlichen Unzulänglichseiten der heutigen parlamentarischen Demokratie überwinden kann. Diesen Beweis ist er uns aber dis heute schuldig geblieden. Der Sozialismus verspricht zwar, daß mit dem Beginn seiner Heutsgeblieden. Der Sozialismus verspricht zwar, daß mit dem Beginn seiner Kerrschaft das Paradies auf Erden andreche. Wo er aber bisher an die Macht kam, machte er vielmehr eine Hölle aus dem Leben als ein Paradies, oder dann wußte er mit seiner Macht auch nichts mehr und nichts bessers anzusangen als disher das "kapitalistische" Bürgertum mit der seinigen. Da muß man es dem Faschismus wenigstens lassen, daß er es einmal mit der Tat versucht und die Verantwortung dasür auf sich genommen hat, wenn auch sein weg, der mehr ein Willenskrampf als ein schöpfereisches Geschalten bedeutet — ohne Freiheit keine Schöpferkraft —, kaum zum gewünschten Ziele führen wird. So kann es denn so wenig die Sendung des schweizerischen Sozialismus sein, andere Völker über die einzig richtige Daseinsweise zu beslehren, als das disher eine Sendung der bürgerlichen Schweiz war, wenn der Glaube an eine solche auch hier immer noch weit verbreitet ist.

Bundesrat Motta hat auf die geubte Rritit hin des bestimmtesten bestritten, daß er sich dem Faschismus gegenüber schwach zeige. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß nun bald die ganze Schweiz von einem Net faschistischer Organisationen überzogen ist, beren Dasein doch keineswegs einen so harmlosen Charafter hat, besonders wenn das neuestens in Bern erscheinende offizielle Organ dieser Organisationen, die "Squilla Stalica", es als ihre ausbrucklichste Aufgabe bezeichnet, "die Berleumdungen und Beschimpfungen zu befämpfen, die ein Teil der Schweizerpresse gegen die italienische Regierung und den Faschismus veröffentlicht". Solches Vorhaben auf schweizerischem Boden geht nun einfach zu weit. Wir können uns eine solche Einmischung in unsere Denkund Redefreiheit ichon aus Selbstachtung nicht gefallen laffen, und die leider erst in der letten Situng der Juni-Session der Bundesversammlung von Nastionalrat Reinhard eingereichte fleine Anfrage, "wie lange der Bundesrat noch seine Gutmütigkeit (gegenüber diesem Blatt) walten zu lassen gedenke", ist nur zu berechtigt. Ob aber vom Politischen Departement da jemals etwas zu erwarten sein wird, ist nur allzu fraglich, wenn man liest, was dessen Wortführer in der Presse, v. Ernst, zu dieser kleinen Anfrage schreibt: "Ist der sozialistische Parteipräsident legitimiert, vom Bundesrat einen Eingriff in die Pressesieitzu fordern?.. Auch der grundsätlichste Gegner des Faschismus sollte, um die Gegenpartei zu treffen, nicht auf eigene Grundsätze verzichten." Als ob es sich ba um eine grundsätliche Gegnerschaft gegen eine besondere ausländische Staatssform und um einen Eingriff in die schweizerische Pressetzeiheit handelte, wenn man einer anmaßlichen und unzulässigen politischen Tätigkeit einer offiziellen ausländischen Organisation und ihres Presseorgans einen Riegel Schiebt!

Much ein entschlossenes Durchgreifen, durch das der Hetz- und Bühlarbeit ber "Abula" endlich einmal bas Sandwerk gelegt würde, ift vom Politischen Departement faum zu erwarten, tropbem Nationalrat Luffer ebenfalls noch gerabe vor Schluß der Seffion die Anfrage an den Bundesrat gerichtet hat, ob es nicht "bald an der Zeit wäre, der vaterlandsverräterischen Arbeit der im tessinischen Staatsbienst stehenden Redaktorin ber "Abula" ein Ziel zu seten?" v. Ernst winkt auch da ab. Er redet von der "Abula" bloß als einer "als irredentistisch betrachteten (!!!) Wochenschrift". Um strafrechtlich gegen die "Abula"-Leute vorgehen zu können, bedürfte es seines Wissens "nicht bloß phrasenhafter und gedruckter Bunschäußerungen, sondern bestimmter konkreter Bersuchshandlungen, die sich als Anfang einer Ausführung des Berbrechens darstellen". Wenn die Frredentisten im Tessin sich selbst in der deutschen Schweiz einer so warmen Fürsprache ersreuen, brauchen sie allerdings für ihre künftige Tätigkeit wenig zu bangen. Natürlich liegt es uns ferne, damit irgendwie ans beuten zu wollen, daß für unsere außenpolitische Leitung und ihre journalistischen Gehilsen der italienische Fredentismus im Tessin nicht etwas Verwerfliches sei. Nur ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß ein durchgreifendes Vorgeben gegen denselben von schweizerischer Seite einem scharfen Protest und allfälligen Druck von Seiten der italienischen Regierung rufen würde. Gerade aber bem will man in Bern auf jeden Fall ausweichen. Man erträgt es dort nicht, dem Botschafter einer fremden Regierung ins Weiße des Auges zu sehen. Man will doch "gute Beziehungen" mit aller Welt. Wir sind auch für gute Besziehungen. Aber wirklich gut sind die Beziehungen zu einem andern Staate eben nur bann, wenn fie auf voller Gleichheit beruhen und wenn die Beteuerungen einer herzlichen und aufrichtigen Freundschaft nicht nur Worte bleiben, sondern sich auch in Taten umseten lassen. Unserer außenpolitischen Leitung genügen aber die Beteuerungen und fie verzichtet gerne darauf, fie nach ihrem wirklichen Gehalt auf die Probe zu stellen.

Italien behauptet bekanntlich, ein heiliges, unverbrüchliches Recht auf die "Italianität" des Teisins zu besitzen; ohne daß es allerdings andern Bölkern etwa ein gleiches Recht einräumte (man denke an Südtirol und die Slaven an der Adria). Diesen Anspruch hat Mussolini auch in seiner jüngsten Außerung

mit dem Sat vom Teffin, "ber nach Sprache, Raffe und Sitte italienisch ift", geltend gemacht. Er soll Italien als Handhabe bienen, die sprach= und staats= politische Entwicklung im Tessin zu überwachen und zu verhindern, daß diese eine seinen letten Zielen abträgliche Richtung einschlägt. Um ihn als berechtigt zu erweisen, ist das Schlagwort von der drohenden "Berdeutschung" des Tessins geprägt worden, das seit längerem nun das Feldgeschrei der irredentistisch gesinnten Kreise im Tessin und ihrer mehr oder weniger wissenden Mitläufer bildet. Nun ist allerdings nicht abzustreiten, daß seit dem großen Aufschwung der Fremdenindustrie im Tessin sich im dortigen Städtes, Dorfs und Lands schaftsbild höchst unerfreuliche, als Fremdkörper und Verunstaltung wirkende Beränderungen vollzogen haben. Damit ift aber nicht bewiesen, daß beispiels= weise die mehr oder weniger zahlreich anzutreffenden deutschen Aufschriften an Raufladen, Gafthäusern u. j. w. ihr Dasein einem bewußten Berdeutschungs= bestreben verdanken. Sondern hier zeigen sich ganz einsach allgemeine Begleiterscheinungen der Fremdeninduftrie. Go denten die Beschäftsinhaber von Grindelwald beispielsweise auch nicht baran, ihr Dorf zu verenglandern, wenn sie die Aufschriften an Schaufenstern und Läden vielfach englisch abfassen, sondern weil sie damit ihrer vorwiegenden Rundschaft gefällig zu sein glauben. Ob nun allerbings den - vielleicht noch gang falich verstandenen - Interessen bes Fremdengewerbes zuliebe eine gange Landesgegend um ihre naturgegebene Schönheit und Eigenart gebracht werden foll, ift eine andere Frage. Aber gerade, wenn man im Teffin erfolgreich gegen die verunstaltenden Wirkungen des Fremdengewerbes ankämpfen will, soll man bei beren wirklichen Ursachen ansetzen, nicht in berechneter Absicht einen heiligen Feldzug gegen die angebliche Berdeutschung des Teffins daraus machen wollen.

Ständerat Bertoni hat in der letten Seffion der Bundesversammlung zwei Interpellationen eingereicht, von denen die zweite in die Mitte der ganzen Tessiner "Frage" hineinführt: in das Berhältnis zwischen Tessin und Deutschschweizern und damit zugleich in das Berhältnis von Teffin zur Eidgenossenschaft, zum schweizerischen Staat und Staatsgedanken überhaupt. Bertoni frägt darin den Bundesrat u. a. an, was für Maßnahmen er zu ersgreisen gedenke oder empsehle, um die Einschmelzung der Deutschschweizer im Tessin in die tessinische Bevölkerung zu fördern; und ob er es nicht für zwecksmäßig erachte, dem Kanton Tessin bei der Übersührung der deutschsprachigen Schular im Tossin in die Assantischen its institutions der deutschsprachigen

Schulen im Teffin in die öffentlichen italienischsprachigen zu helfen?

Ständerat Bertoni steht hoch erhaben über jeglichen Zweifel, als ob er mit seinem öffentlichen Wirken jemals etwas anderes als nur das Beste seines Kantons und der ganzen Schweiz erstrebt hätte. Tropdem ist die Frage nicht zu umgehen, ob er nicht gerade durch die Absicht, den irredentistischen Kreisen ben Wind aus den Segeln zu nehmen, oft Bege geht und Forderungen zu ben seinen macht, die letten Endes doch wieder in diejenigen der Frredentisten einmünden? Auf jeden Fall stellt er den Bundesrat mit seiner neuesten Forde= rung, dem Tessin bei ber Ginschmelzung der 7000 im Tessin anfässigen Deutschschweizer in die 120,000 Köpfe zählende teffinische Bevölkerung, und bei der Aberführung der zwei kleinen deutschsprachigen Privatschulen in Locarno und Lugano in die öffentlichen Schulen von Bundes wegen zu helfen, bor eine gang neue Lage. Dem Bundesrat steht es gar nicht zu, einzelne Schweizerbürger zum Berlassen ihrer eigenen und zur Annahme einer andern Landessprache zu zwingen ober von Privatichulen bas Aufgeben in die öffentlichen Schulen zu verlangen. Bevor also der Bundesrat nur einer solchen Forderung nähertreten könnte, müßte es vorher zu einer Anderung der Bundesversassung kommen. Es ist aber auch nicht recht ersichtlich, warum diese Frage der Einschmelzung der paar Tausend Deutschschweizer so dringlich sein soll. An eidgenössischer Staatssgesinnung, aus deren Mangel ja allfällig für die Zugehörigkeit des Tessins zur Schweiz eine Gesahr entstehen könnte, sehlt es diesen doch sicherlich nicht. Da wäre doch wohl viel eher die Frage berechtigt, ob nicht die rund 40,000 im Tassin ansstigen Stalioner eine solche Gesahr kadenten könnten und deren Tessin ansässigen Italiener eine solche Gefahr bedeuten könnten und beren Einschmelzung in die Tessiner Bevölferung nicht weientlich wichtiger und dringlicher wäre?

Nun liegt aber der Interpellation von Bertoni, die ja auch noch andere als die aufgezählten Buntte enthält, tropbem ein richtiger Rern zu Grunde. Gar viele Deutschschweizer fommen in den Tessin nur als Erwerbsuchende und gehen ihr ganzes Leben lang dort nur ihrem Erwerb nach, ohne sich viel oder überhaupt um das öffentliche Geschehen ihrer neuen Beimat zu bekümmern. Wieber andere laffen fich im Sonnenland fublich bes Gotthard nieder, um baselbst einen geruhigen Lebensabend zu verbringen; und diese haben erft recht weder Chrgeiz noch Kraft, fich ben öffentlichen Aufgaben ihres neuen Wohnortes zu widmen. Damit, und mit manchem anderen, mag es zusammenhängen, daß die Deutschschweizer im Tessin, politisch gesprochen, vielfach isolierte Gruppen innerhalb der einheimischen Bevölferung bilden. Gie stehen wohl da und dort in der Wirtschaft, besonders im Fremdengewerbe, an erster Stelle, haben aber faum engere Berührung mit dem politischen Leben des Rantons. Hierin liegt aber ein großer Fehler. Der Deutschschweizer im Tessin muß sich bewußt werden, daß ihm an seinem neuen Wohnort eine Art Sendung zufommt. Und zwar nicht etwa die, hier einen "Berd des Deutschtums" zu bilden, sondern dem Tessiner Bolk ein treuer Helser zu werden bei seinem Bestreben, die irrestentistischen Angriffe und Buhlereien von innen und außen abzuwehren und ein unerschütterlicher Bestandteil der Schweiz zu bleiben. Gerade in diesem Kampf um seine freie Zugehörigkeit zum schweizerischen Staatsverband kann der energischere, sachlichere und beharrlichere Deutschschweizer dem Tessiner ein wertvoller Helfer werden. Es ist aber offensichtlich, daß er das nur kann, wenn er sich gang in Denkart und Sprache seines Gastvolkes einlebt. Er darf sich nicht, wie vielsach bisher, abseits vom öffentlichen und politischen Leben halten. Die Sorgen und Nöte des tessinischen Bolfes mussen auch seine Sorgen und Nöte werden. Und wo Dent- und Sprachverschiedenheit gelegentlich ein Zusammengehen zu erschweren drohen, muß der gemeinsame Bille zum eidgenössischen Staat alle Verschiedenheiten überbrücken. Das Organ der tessinischen Bauernpartei, "Il paefe", hat diefem Gebankengang fürzlich fehr schön mit den Worten Ausdruck gegeben: "In unserm Tessin spricht man zu viel von Berschiedenheit ber Sprache und von Raffenunterichied, zu wenig hingegen vom geistigen Behalt und den Bestrebungen unseres wahren, schweizerischen Baterlandsgefühls... Willfommen seien uns unsere Miteidgenossen anderer Zunge, willkommen wegen ber Berschiedenheit ihrer Sprache, die unsere neue Generation lernen soll, will= kommen wegen des Wohlstandes, den sie uns bringen und willkommen vor allem, weil ihre Gefühle der Vaterlandsliebe die unfrigen find." Darum scheint es uns auch wirklich Dringlicheres zu geben, als eine Revision der Bundesverfassung vorzunehmen, die es dem Bundesrat gestatten wurde, den Deutschschweizern im Teffin von Bundes wegen die Freiheit ihrer Sprachpflege zu rauben. Wie gesagt, wenn die dortigen Deutschschweizer einigen Tessinern ein Dorn im Auge sind, so sicherlich nicht, weil sie baselbst die schweizerische Staatsgesinnung gefährden, sondern doch wohl eher umgekehrt, weil ihr Dasein u. a. ein Sindernis für die zielbewußte Untergrabung dieser eidgenössischen Staatsgesinnung ist.

Anfang Juli 1928.

hans Dehler.

Bur politischen Lage.

Autonomie in zweierlei Beleuchtung. — Frankreich und die Selbstverwaltung seiner nationalen Minderheiten. — Die Franzosen und die Minderheitenbewegung überhaupt.

Im Jahre 1913 erschien in Paris eine Sammlung von Vorträgen in Buchform, die sich mit den "autonomistischen Bewegungen in Europa" besaßten.¹) Die Vorträge waren gehalten an der "Ecole des hautes études sociales" von einer Reihe von Persönlichkeiten, die im geistigen Leben Frankreichs etwas zu

¹⁾ Les aspirations autonomistes en Europe. Paris, Alcan. 377 S.

bedeuten hatten. Mit Bolen, Finnland, Ratalonien, Albanien, den Südflawen, mit Frland und Mazedonien befagten sich die einzelnen Beiträge. Un der Spige aber stand ein Auffat von Benri Lichtenberger über die Autonomiebewegung in Elfaß-Lothringen. Diese war damals, in ber Beit ber Schaffung eines eigenen elsaß-lothringischen Parlaments, gerade von besonderer Bedeutung. Mit ihr besichäftigte sich Frankreich lebhaft. Und dieses Interesse fand auch in diesem Buche Ausdruck, das sich im allgemeinen mit den Selbstverwaltungsbestrebungen auss einandersetzen wollte.

Welche Stellung nahm man bamals in Frankreich zum Willen ber Elfaß-Lothringer ein, ihr Schicffal möglichst weitgehend selbst zu bestimmen? Man bezeichnete diese Frage als den Angelpunkt des europäischen Friedens. Man erflärte die Autonomie Elsaß-Lothringens als die einzig gerechte, einzig menschenwürdige Lösung. Und als die Aufgabe Frankreichs dabei bezeichnete Henri

Lichtenberger: Tätige Sympathie, lebendiges Interesse! Und heute, 15 Jahre später, wie verhält es sich da? Die Rollen sind nun vertauscht. Wohl gibt es wieder eine elsässische Autonomiebewegung, aber sie richtet sich jest gegen Frankreich. Und jest wird sie von Paris aus, vielfach von den gleichen Leuten, die vor 1914 als Vortampfer der elfäffischen Selbstverwaltung aufgetreten sind, als unerhörte Anmaßung, ja als glatter Berrat bezeichnet. Kein Mittel ist zu schlecht oder zu traurig, wenn es nur den Auto-

nomisten gefährlich werben fann.

So können sich die Ansichten andern! Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen Deutschlands vor 1914 selbstverständlich, einzig richtig. Autonomie im Rahmen Frankreichs nach 1918 undenkbar und untragdar! Am schärsten hat diese Auffassung wohl gerade Poincaré in Worte gefaßt. Er bezeichnete das Eintreten für die Selbstverwaltung vor 1914 für einen Elsässer als Pflicht, jest aber als beinahe Landesverrat! Mit dieser Logik mag sich abfinden, wer will. Und merkwürdigerweise finden sie nicht nur die Franzosen, sondern auch mancher= lei andere Leute durchaus in Ordnung. "Die Elfässer werden lernen muffen, sich mit der französischen Einstellung gegen den Partikularismus als mit einer völkerpsychologischen und historischen Tatsache abzufinden." Das konnte man allerdings vor dem Colmarer Prozeg und vor den Kammermahlen — in einem großen ichweizerischen Blatte lefen.

Freilich hatte der schweizerische Journalist mit der Feststellung der "völkerpsichologischen Tatsache" an und für sich burchaus nicht unrecht. Der aus ber französischen Revolution hervorgegangene französische Einheitsstaat hat für die Selbstverwaltung irgend eines Teilgebiets weder Verständnis noch Raum. Die frangofische Bureaufratie tennt feine Ausnahmen von der Regel. Sie empfindet fie als im höchften Mage ftorend und verfolgt fie mit geradezu giftigem Saffe. Bir Schweizer haben für diese Denkweise eigene Erfahrungen genug vorzuweisen. Um eingehendsten konnten sie in ber Frage ber Genfer Zonen gesammelt werden. Much diese Ausnahme von der Regel, nämlich von dem Grundsat Landesgrenze= Bollgrenze, murbe von den frangösischen Behörden mit allen Mitteln befehdet und ichließlich zu Fall gebracht. Die Berftändnislofigfeit für jedes Berlangen nach landschaftlicher Selbstverwaltung beschränkt sich aber nicht etwa nur auf die Behörden, sondern sie ist Gemeingut und zwar tief eingewurzeltes, fast unaus= rottbares Gemeingut der französischen öffentlichen Meinung. Die Ansicht von ber alleinseligmachenden Wirkung des französischen Zentralismus wird in allen Schichten, in allen Parteien geteilt. Und nur verhältnismäßig geringe Kreise ohne großen Einfluß haben sich von dieser Vorstellung frei machen können. Dafür legt unzweideutig Zeugnis ab das Verhalten sast der gesamten französischen Presse von zu äußerst Rechts dis hinüber zu den sozialistischen Blättern. Die Royalisten troß ihres programmäßigen Regionalismus und die Liga der Menschanzeite sind sich der im Einanzeite wird verschaften weben schenrechte sind sich darüber im Grunde völlig einig. Mit dieser Tatsache werden wirklich Elfässer, Bretonen, Korsen und Flamen alle zu rechnen haben. Diese Gesinnung kommt ba umso schärfer zum Ausbruck, wo bie Forbe-

rung nach landschaftlicher Selbstverwaltung von einer fremdsprachigen Gruppe

aufgestellt wird und wo damit gleichlaufend das Berlangen nach der Entwicklungsfreiheit für diese fremde Sprache laut wird. Hier hört überhaupt jedes Berständnis auf. Wie kann man nur das Verlangen haben, eine fremde Sprache zu sprechen, wenn einem die Möglichkeit geboten wird, sich französisch auszusdrücken? Turmhoch sühlt sich eben der Franzose über jeden Anderssprachigen erhaben. Ich kenne dazür keinen bessern Ausspruch als den seinerzeit oft erwähnten des belgischen Unterrichtsministers und sozialistischen Vorkämpsers Destrée: "Flame zu sein ist zwar kein Verbrechen, aber es ist auf jeden Fall ein Unglück!" Dieser Ausspruch ist dazu noch nicht in Frankreich gesallen, sondern in dem offiziell mehrsprachigen Belgien. Er ist aber auf jeden Fall völlig kennzeichnend sür die französische Aussplung von fremder Sprache und Art.

Freilich kommt hier noch eine andere Tatsache in Betracht: Frankreich will von den Mundarten nichts wissen. So weit es in seiner Macht steht, hat es diese im Bereich der französischen Sprache ausgerottet. Den besten Beweisdafür haben wir ja in unserer französischen Schweiz unmittelbar vor Augen. Die fremden Sprachen aber leben auf französischem Boden in der Regel nur noch als Mundart weiter, da die Schriftsprache vom französischen Staat längst beseitigt worden ift. Und auch an den französischen Grenzen stößt man überall in erster Linie auf deutsche, spanische, italienische Mundarten. Und es will den Franzosen nicht in den Kopf, daß die Leute, die diese Mundarten sprechen, doch jum Bereich irgend einer Schriftsprache gehören. Umfo weniger find fie geneigt, diese Mundarten als gleichberechtigt, als ebenfalls einer Entwicklung und eines Gedeihens würdig anzuerkennen. Sochstens will man ihr Vorhandensein zu politischen Zweden ausmungen. Das tut in der elfässischen Frage Poincaré mit Vorliebe und er macht damit keine Ausnahme. Noch in seiner großen Rede zur Rammereröffnung am 7. Juni fprach er von den "brei Departementen, wo immer neben dem Deutschen und dem Französischen eine besondere Mundart gesprochen wurde." Er fest damit die alemannische Mundart der Elfässer als Drittes neben das Deutsche und das Französische. Db Poincaré wirklich eine Ahnung hat, welchen eines verantwortlichen Staatsmannes mahrlich wenig würdigen Blödfinn er da fortwährend zum Beften gibt? Oder ob er der Meinung ist, er habe in den Fragen des Elsasses schon so wunderbare Dinge der staunenden Welt verkündet, daß es auf ein bigchen weniger oder mehr gar nicht mehr ankomme?

Bei dieser französischen Einstellung begreift man nun auch die Ansicht, daß es für die fremdsprachige Bevölkerung gar kein Unglück sei, wenn sie geszwungen werde, das Französische anzunehmen. Maurice Muret, der meist in Paris befindliche Auslandsredaktor der "Gazette de Laufanne", fagt das in aller Einfachheit: "Man begreift, daß Frankreich seine Sprache in den befreiten Provinzen mehr und mehr zu verbreiten trachtet, aber es würde weise handeln, wenn es langfam vorgehen wurde." Die Französisserungsbestrebungen sind für ihn eine Selbstverftandlichkeit, nur joll man fie geschickt betreiben. Bon ba aus ist es nur noch ein Schritt bis zu der selbstverständlichen überzeugung, daß es alle Frembsprachigen als ein Blud auffassen, wenn ihnen möglichst rasch möglichst viel Frangofisch beigebracht wird. Dieser allerdings etwas naiven Auffassung begegnet man in der frangofischen politischen Polemit auf Schritt und Tritt. Auch hier mag es genügen, als Aronzeugen Poincaré anzuführen. Er hat seiner= zeit in seiner bekannten, seither so schmählich Lügen gestraften Strafburger Rede folgendes ausgeführt: "Diejenigen Belgier, Schweizer, Kanadier, die gewöhnlich französisch reden, sind Belgier, Schweizer, Kanadier, und es fällt uns nicht ein, ihnen die Staatszugehörigkeit zu bestreiten, die sie angenommen haben. Diejenigen Elfässer, die von Geburt aus gewohnt sind, die Mundart oder die deutsche Sprache zu reden und benen ihr vorgerücktes Alter oder ihr Beruf feine Möglichkeit gelassen hat, französisch zu lernen, sind deshalb nicht weniger ausgezeichnete Franzosen, Franzosen nach Gefühl und Willen." Offenbar ift es weder Poincaré noch dem, der ihm die Rede vielleicht aufgesett hat, in den Sinn gekommen, welch schlechtes Zeugnis er gerade mit diesem Ausspruch Frank-reich ausstellt. Denn gerade darin liegt ja der Unterschied, daß Frankreich seine Fremdsprachigen unbedingt zum Französischsprechen bringen will, während in Ranada, der Schweiz oder Belgien niemand daran denkt, die französische Minderheit zur Annahme des Englischen, des Niederländischen oder des Deutschen zu zwingen.

Rach allem fann man ruhig feststellen, daß in Frankreich kein, aber auch gar fein Berständnis für fremdes Eigenleben auf seinem Staatsboden und für

den Willen zu diesem Eigenleben vorhanden ift.

* *

Freilich darf man nun nicht annehmen, daß die Franzosen nicht auch anders denken können. Andere Umstände, andere überzeugungen. So haben denn auch die französischen Minderheiten außerhalb der Grenzen Frankreichs eine ganz andere Überzeugung. Sie wollen natürlich vom Aufgehen in der fremdsprachigen Mehrheit auch nichts wissen. Ja sie wollen möglichst wenig von der Erlernung der Sprache der anderen wissen. In Belgien lernen die Wallonen nicht flämisch, d. h. niederländisch. Die Forderung, daß die Staatssbeamten, Offiziere u. s. w. die beiden Sprachen des Landes kennen muffen, wird von ihnen aufs schärffte betämpft. "Die Sprachentyrannei ist die schlimmste aller Thranneien!" So ruft die "Flandre Liberale" aus, ein Hauptblatt der französischen Minderheit in Flandern. Und auch unsere Belschschweizer sind berselben Meinung. Ich darf hier einmal ausnahmsweise in zustimmendem Sinne Berrn Grellet von der "Bagette de Laufanne" anführen. Er hat dort vor einiger Beit die Ausführungen von Prof. Gonzague de Rehnold über die Zweisprachigfeit im "Bieler Jahrbuch" beifällig besprochen: "Herr de Rennold hat das seltene Berdienst, in unserer Zeit falschen Helvetismus Stellung zu nehmen gegen bas Borurteil, daß jeder Schweizer schon von Kind auf gleichzeitig Deutsch und Frangosisch lernen muffe. Verwirrung dient niemals dazu, sich zu verständigen. Man muß beshalb die zweite Sprache erst bann lernen, wenn man die erste so von Grund auf kennt, daß keine Gefahr des Abfärbens mehr besteht." Ausgezeichnet! Die ist wohl das Borgeben, das Frankreich überall in seinen Grenzen gegen die fremdsprachigen Minderheiten anwendet, so zutreffend und scharf ver-urteilt worden. Gerade heute wehrt es sich ja mit Händen und Füßen dagegen, daß das Deutsche bloß neben dem Französischen auch von der ersten Klasse der elfässischen Schulen an gelehrt werde. Die Kinder sollen also dort eine Fremdsprache lernen, bevor sie überhaupt die eigene irgendwie beherrschen können. Daß bas ein vollendeter Unfinn ift, der nur aus dem Machtstreben bes französischen Staates heraus zu erklären ist, darin sind wir mit Herrn Grellet durchaus einig.

Franzosen können also auch anders, als man in Frankreich heute kann. Ob man daraus für die Zukunft Hoffnung schöpfen soll? Das ist mir wenigstens sehr zweiselhaft. Und zwar hauptsächlich aus einem sehr bestimmten Grund. Frankreich hat ja wohl die Autonomiebestrebungen fremder Bölker, so weit es sie für seine Zwecke nutbar machen konnte, in starkem Maße unterstützt. In Prag heißt heute einer der Haupbahnhöse Denis-Bahnhos nach dem französischen Gelehrten Ernest Denis, der sich besonders für die Tschechen eingesetzt hatte. Ahnslich steht es mit Polen, Südslawen, Rumänien, Dänen u. s. w. Die politische Berechnung, die Frankreich für das Selbstbestimmungsrecht dieser Bölker einstreten ließ, hat sich ja zweisellos sehr gut bewährt. Frankreich hat sich damit wertvolle Bundesgenossen geworben. Aber weiter geht das Interesse für das Selbstbestimmungsrecht, für die gerechte Behandlung der nationalen Minderheiten u. s. w. nicht. Es war eben alles nur ein politisches Geschäft. Und wo das Geschäft unlohnend wurde, da hörte dann auch der vorgetäuschte politische Ibealissmus auf.

So können wir es denn heute erleben, daß kein Land der Bewegung der Minderheiten so teilnahmslos und verständnislos gegenübersteht wie Frankreich. Von den frühern Neutralen, von England und Amerika wird immer stärker anserkannt und erkannt, daß die Frage der nationalen Minderheiten in Europa irgend eine allgemeine Lösung sinden müsse, wenn es in dem Erdteil Ruhe und einigermaßen gesicherte Verhältnisse geben soll. Frankreich sett sich über das alles kühl lächelnd hinweg. Da war im letten Jahr ein französischer Journalist in Dänemark, wo er auch Nordschleswig besuchte. Er fand da, daß

bie dortige deutsche Minderheit als Hauptsorderung die kulturelle Selbstverwaltung ausstellt. Er erklärt nun in den nach Hause geschickten Berichten: "Die kulturelle Selbstverwaltung ist an und für sich schon die weltfremdeste aller Utopien!" Und Herr Muret in der "Gazette de Lausanne" schreibt mit aller Selbstverständlichkeit: "Die Berliner Regierung hat in sehr geschickter Weise, in völliger übereinstimmung mit der bekannten neuen Marotte, die Rechte der nationalen Minderheiten erfunden!" Es ist also in den Augen des Herrn Muret, der über politische Fragen diese Bücher schreibt, eine Marotte, sich um das Schicksal der nationalen Minderheiten zu kümmern. Die Minderheitenbewegung aber ist eine Berliner Ersindung. Kann man sich einen höhern Grad der Versständnislosigkeit vorstellen?

Eine ähnliche Auffassung aber findet man in Frankreich fast allgemein. Die Sache interessiert die Franzosen nicht. Sie glauben, daß für Frankreich hier nichts zu holen, wohl aber einiges zu verlieren ist. Deshalb wollen sie von der ganzen Minderheitenbewegung überhaupt nichts wissen. Damit schalten sie sich aber auch einfach aus der ganzen Bestrebung aus, die Europa einen wesentlichen Schritt vorwärts bringen oder bei ihrem Mißlingen es in eine sehr große Gesfahr hineingleiten lassen muß. Und leider bleibt es nicht dabei, sondern von Frankreich geschieht sehr viel, um die Minderheitenbewegung zum Scheitern zu

bringen. Das eröffnet feine erfreulichen Aussichten.

Marau, ben 5. Juli 1928.

heftor Ummann.

Rultur- und Zeitfragen

Amerikanische Religion.

Im vorletten Hefte sprachen wir gelegentlich von der kulturkritischen Schule in Nordamerika, deren gedanklich wie künstlerisch bedeutendster Führer Sinsclair Lewis ist. Sein neues Buch "Elmer Gantry"*) nötigt, nochsmals auf diesen Gegenstand zurückzusommen. Es wendet sich ganz besonders gegen diesenigen Erscheinungen der angelsächsisch-amerikanischen Kultur, welche Jungamerika als Kern und Keimzelle der Verderbnis ansieht, und welche es wohl auch in gewisser Weise sind: das religiöse Problem. Dasselbe ist in diesem Zussammenhang mit der Selbstkritik des Amerikanismus nur verständlich aus Charakter und Geschichte der Religion in den angelsächsischen Ländern. Die gegenseitige Verslechtung von Religion und allgemeiner Kultur ist hier von ganz anderer Stärke als im kontinentalen Europa; und das beeinflußt das kulturelle Leben teils im positiven, teils im negativen Sinne — während die Wirkung auf die Religion, mindestens von der Auffassung aus, wie sie sestländischem Denken nie ganz geschwunden ist, vorwiegen das entartende bezeichnet werden muß.

Man muß mindestens bis zum 17. Jahrhundert zurückgehen, um hier die heutige Lage zu verstehen. Es war das Jahrhundert des Kampses zwischen der spezisischen angelsächsischen Religiosität und dem, was sie als "Weltlichkeit" ihrem Wesen gegenüber zu stellen pflegt — andererseits auch der Kampf zwischen den beiden Formen dieser Religiosität, der puritanisch-moralistisch-gesellschafts-bildenden und der mystisch-anarchistischen Richtung. Gegen Ende des Jahrhunderts tritt ein Gleichgewichts-Zustand ein, welcher der ersteren ein entschiedenes übergewicht einräumt. Um diese Zeit geschieht der entscheidende Schritt zur Bildung der auf Wilsen und aristokratische Zucht gegründeten Bürgerlichkeit des Engländers, wie wir sie heute als seinen vorwiegenden Charakter anzusehen geswöhnt sind, teils mit Bewunderung für seine Großzügigkeit, in anderen Hin-

^{*)} Deutsche übersetzung bei Rowohlt, Berlin; lesbar, obschon in den Partien, wo höhere Bildungsgegenstände zur Sprache kommen, nicht selten fehlerhaft.